



Niederschrift

18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 30.09.2009
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	ab 17:13 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Dr. Wegewitz, Hagen	SPD	
Herr Lehmann, Peter	CDU/ANW	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	ab 17:07 Uhr
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Dr. Magdowski, GB 2
Frau E. Müller; GB 3
Herr Klipp, GB 4
Herr Schüler, Vorsitzender der StVV (bis 17:20Uhr)
Herr Schmarje, Behindertenbeirat Potsdam
Frau Lifeld, Herr Hoffmann, Herr Kärsten, Herr Bräuer, Archiv e. V.
Herr Harder, Stadtjugendring
Herr Thiede, Stiftung Preußische Schlösser und Gärten
Herr Raml, Sterncenter
Herr Heuer, Stadtverordneter
Herr Kirsch, BürgerBündnis
Herr Frerichs, Bereich Wirtschaftsförderung
Frau Krusemark, SB Recht
Herr Jetschmanegg, Büro des OBM

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09. September 2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung)
Vorlage: 09/SVV/0086
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3 Kauf des Seeufers, Uferweges und Potsdamer Teils des Groß Glienicker Sees
Vorlage: 09/SVV/0469
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam über die Übertragung von Vollstreckungsaufgaben
Vorlage: 09/SVV/0646
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 5 Grundsätze der KMU-Förderung in der Landeshauptstadt Potsdam in Umsetzung der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung vom 13. Juni 2008
Vorlage: 09/SVV/0728
Oberbürgermeister
- 6 Erweiterung Demographie-Check
Vorlage: 09/SVV/0760
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7 Rahmenkonzept zur inhaltlichen Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes "freiLand"
Vorlage: 09/SVV/0808
Fraktion DIE LINKE
- 8 Umsetzung des Projektes freiLAND
Vorlage: 09/SVV/0804
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 9 Stiftung "Freies Ufer am Griebnitzsee"
Vorlage: 09/SVV/0596
Fraktion DIE LINKE

- 10 kommunales Wohnungsbauprogramm
Vorlage: 09/SVV/0668
Fraktion CDU/ANW, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD

- 11 Wohnungsbauförderung
Vorlage: 09/SVV/0771
Fraktion DIE LINKE

- 12 Stadtentwicklungskonzept Wohnen für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0778
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

- 13 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter
Feld GmbH für das Jahr 2009
Vorlage: 09/SVV/0817
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

- 14 Neubauvorhaben der Pro Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0766
BürgerBündnis

- 15 Mitteilungen der Verwaltung

- 15.1 Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg
hier: Bericht über die Entwicklung der Potenziale
gemäß Beschluss: 09/SVV/0992

- 15.2 Themenjahr 2010
Vorlage: 09/SVV/0833
Oberbürgermeister, Bereich Marketing/Kommunikation

- 15.3 Rahmenkonzept zum Themenjahr Potsdam 2011 - Stadt des Films
Vorlage: 09/SVV/0834
Oberbürgermeister, Bereich Marketing/Kommunikation

- 15.4 Kostenloses Essen für Kita-Kinder gemäß DS 08/SVV/0647
Vorlage: 09/SVV/0857
Oberbürgermeister, FB Jugendamt

- 16 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09. September 2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 11 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 17. Sitzung des Hauptausschusses vom 09. September 2009 weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass zum Tagesordnungspunkt 1 folgender Satz zu ergänzen ist:

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 16. Sitzung des Hauptausschusses vom 09. September 2009 gibt es keine Hinweise; der Niederschrift wird mehrheitlich zugestimmt, bei 2 Stimmenthaltungen.

Gegen die vorliegende Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Dem Antrag auf Rederecht vom Archiv e.V. für Herrn Kärsten zum Tagesordnungspunkt 7, betr.: Rahmenkonzept zur inhaltlichen Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes "freiLand", Vorlage: 09/SVV/0808, wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung zugestimmt.

zu 2 Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung)

Vorlage: 09/SVV/0086

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Oberbürgermeister informiert eingangs, dass die vorliegenden Änderungsanträge in der Arbeitsgruppe abgelehnt worden seien, bis auf den Änderungsantrag der Gruppe Die Andere mit folgendem Wortlaut:

§ 5 Abs. 2 wird der 3. Anstrich wie folgt geändert:

- die Teilnahme an maximal 4 Fraktions- **oder Gruppensitzungen** im Monat ...

Damit seien die Gruppen den Fraktionen fast gleichgestellt. Darüber hinaus seien die Anlagen zur Geltendmachung von Verdienstaufschlag und Kinderbetreuungskosten modifiziert worden.

In der sich anschließenden Diskussion schlägt Frau B. Müller vor, die Entschädigungssatzung gemeinsam mit der gleichlautenden Satzung für den Umlegungsausschusses zu behandeln, was seitens des Oberbürgermeisters als nicht zwingend angesehen wird, weil es sich um zwei von einander unabhängige Sachverhalte handele. Im Weiteren fragt Frau Dr. Müller nach, inwieweit dem Anliegen des Migrantenbeirates gefolgt werden könne, bei der pauschalen Aufwandsentschädigung in Höhe von 15,00 Euro zu bleiben. Dies, so Herr Schüler, war eben-

so Bestandteil der Diskussion in der Arbeitsgruppe; allerdings biete die Brandenburgische Kommunalverfassung dafür keine Rechtsgrundlage. Da auch die Arbeitsgruppe für die Beibehaltung des pauschalen Aufwandes plädiere, sei er beauftragt worden, mit dem Oberbürgermeister und dem Kämmerer eine Lösung zu finden.

Herr Naber bedauert, dass der Änderungsantrag der Fraktion Grüne/ B 90 keine Zustimmung in der Arbeitsgruppe gefunden habe; vielleicht könne man aber in naher Zukunft dazu kommen. Für die jetzige Fassung der Entschädigungssatzung zieht er den Änderungsantrag zurück. Um mit dem Sitzungsgeld für die Gruppen einen weiteren Aufwuchs der erforderlichen Haushaltsmittel zu vermeiden schlägt er namens seiner Fraktion vor, den § 3 Abs. 2 im 2. Anstrich wie folgt zu ändern:

- die Stellvertreter der/des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung in Höhe von **50 €**,

Diesem Vorschlag schließt sich Herr Schubert an, denn wenn man sich für ein Sitzungsgeld für die Gruppensitzungen entscheide, sollte der Betrag innerhalb der Satzung ausgeglichen werden. Deshalb werde die Fraktion SPD dieser Änderung zustimmen. Herr Dr. Scharfenberg macht darauf aufmerksam, dass die Fraktion DIE LINKE die zusätzliche Aufwandsentschädigung für die Stellvertreter von Anfang an in Frage gestellt und deshalb keine Schwierigkeit habe, dem Änderungsantrag zuzustimmen. Trotzdem wolle er betonen, dass in der langen Diskussion für Änderungen ausreichend Gelegenheit gewesen habe und ihn die neuen Änderungsanträge wundern.

Im Folgenden werden die vorliegenden Änderungsanträge zur Abstimmung gestellt:

1. Änderungsantrag Gruppe Die Andere:

§ 5 Abs. 2 wird der 3. Anstrich wie folgt geändert:

- die Teilnahme an maximal 4 Fraktions- **oder Gruppensitzungen** im Monat ...

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

2. § 5 Abs. 2 wird der folgende Anstrich ergänzt:

- die Teilnahme fraktionsloser Stadtverordneter zur Begründung und Einbringung eigener Anträge in den Sitzungen von Fachausschüssen und Ortsbeiräten.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 3 Stimmenthaltungen.

3. § 3 Abs. 2 ist der 3. Anstrich wie folgt zu ergänzen:

- die Fraktions- **und Gruppenvorsitzenden** in Höhe von 180 €

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: 0
Ablehnung: 10
Stimmenthaltung: 3

4. § 3 Abs. 2 wird der 2. Anstrich wie folgt geändert:

- die Stellvertreter der/des Vorsitzenden der Stadtverordnetenver-

sammlung in Höhe von **50 €**,

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung) gemäß Anlage – **Diskussionsstand: 27.08.2009**

sowie folgenden Änderungen:

1. § 3 Abs. 2 wird der 2. Anstrich wie folgt geändert:
- die Stellvertreter der/des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung in Höhe von **50 €**,
2. § 5 Abs. 2 wird der 3. Anstrich wie folgt geändert:
- die Teilnahme an maximal 4 Fraktions- **oder Gruppensitzungen** im Monat ...

sowie den redaktionellen Änderungen der Anlagen 1 und 2, die jetzt Anlage V und B sind. Im Satzungstext sind die Verweise darauf entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 1

zu 3 Kauf des Seeufers, Uferweges und Potsdamer Teils des Groß Glienicker Sees

Vorlage: 09/SVV/0469

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass diese Vorlage in den Ausschüssen für KOUL und für Stadtplanung und Bauen zurückgestellt wurde. Herr Naber bittet darum, über den aktuellen Sachstand zu informieren, um den Antrag evtl. zurückziehen zu können. Herr Exner informiert darüber, dass ca. 21.000 m² von der BIMA erworben wurden und weitere Ankäufe erfolgen sollen, über die der Bund verfügen könne. Seitens der Verwaltung gebe es alle möglichen Aktivitäten, so dass er um Vertrauen bitte, dass hier alles getan werde, was getan werden könne. Auf die Nachfrage von Herrn Naber, in welchem Zeitraum das passiere, entgegnet Frau Krusemark, dass sukzessive weitere Ankäufe von Flächen erfolgen, wenn diese frei von Restitutionsansprüchen seien.

Unter der Maßgabe, über diesen Sachverhalt in der Dezembersitzung des Hauptausschusses erneut zu berichten, **zieht Herr Naber die o. g. Drucksache zurück.**

zu 4

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam über die Übertragung von Vollstreckungsaufgaben
Vorlage: 09/SVV/0646

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass eine derartige Vorlage schon einmal im Geschäftsgang gewesen sei und nunmehr durch die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg wieder in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Im Vorfeld habe sich auch der Ausschuss für Finanzen mit der Vorlage befasst und ihr mehrheitlich zugestimmt. Die Stadt übernehme hier nur Vollstreckungsaufgaben, was auch ohne zusätzlichen Aufwand möglich sei. Für eventuelle Rückfragen stehe auch Herr Thiede, stellvertretender Verwaltungsleiter der Stiftung, zur Verfügung.

Anschließend fragt Frau Dr. Schröter nach, was der Inhalt des Bußgeldkatalogs sei, für den die Stadt die Vollstreckung übernehme, weil die Inhalte schon zu Komplikationen mit den Bürgern führen könnten. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass seitens der Stadt nur die reine Dienstleistung übernommen werde, trotzdem dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass das Ordnungsrecht missbräuchlich eingesetzt werde. Diese Problematik könne Gegenstand der jährlichen Berichtserstattung der Schlösserstiftung im Hauptausschuss sein.

Der Oberbürgermeister betont seinerseits, dass zwischen den Inhalten der Vollstreckungsbescheide nicht differenziert bzw. diese nicht geprüft werden können.

Dem Antrag, Herrn Heuer das Rederecht zu gewähren, wird mit 7 Ja-Stimmen, bei 2 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen zugestimmt. In seinen Ausführungen betont er, dass eine Debatte um die Ordnungsregelungen insgesamt sinnvoll sei, worauf der Oberbürgermeister darauf verweist, dass die Stadt keine Eingriffsmöglichkeiten in die Angelegenheiten der Stiftung habe.

Anschließend führt Herr Thiede aus, dass nur rechtsgültige Bußgeldbescheide vollstreckt werden, so dass es sich hier wirklich nur um eine Dienstleistung handle; ein möglicher Ermessensspielraum sei bereits im Vorfeld genutzt worden. Die Bürger hätten die Regelungen mittlerweile auch gut angenommen und zeigten für die Maßnahmen Verständnis. Außerdem seien nur 1,4 % der Bußgeldbescheide derzeit in der Vollstreckung.

Auf den Verweis von Herrn Naber, dass einige Regelungen nur bis Ende 2009 gelten, entgegnet Herr Thiede, dass eine Verlängerung vorgenommen und die Maßnahmen der aktuellen Situation angepasst werden; das sei derzeit in der internen Abstimmung.

Herr Schröder empfiehlt, den Katalog der Tatbestände vorzulegen, damit man wisse, wofür die Stadt tätig sei. Auf die Nachfrage von Herrn Schubert, wie die Vollstreckung praktisch erfolge, erläutert Herr Exner, dass der Bußgeldbescheid und die anschließenden Mahnverfahren durch die Stiftung erfolgen – ausgewiesen auf einem Schreiben mit deren „Kopfbogen“. Danach werde die Stadt für die Stiftung vollstrecken und das in den Schreiben auch entsprechend kenntlich machen.

Auf die Anmerkung von Frau Engel-Fürstberger, dass sie etwas irritiert sei, weil Herr Prof. Dorgerloh nur von „schwerwiegenden Fällen“ gesprochen habe, werden nochmals Inhalt und Verfahren der Vollstreckung erläutert. Der Oberbürgermeister betont nachdrücklich, dass man sich nicht aussuchen könne, für welche Fälle vollstreckt werde. Herr Thiede führt aus, dass das Bußgeld 40 € betrage und mittlerweile überwiegend bezahlt werde.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, sich zu diesem Thema in einem halben Jahr oder einem Jahr im Rahmen der Berichterstattung der Stiftung zu verständigen; insbesondere auch zu den Schwerpunkten für Verwarn- oder Bußgelder.

Abschließend bittet Herr Exner, im § 2 der Vereinbarung das Datum zu ändern, so dass der Satz dann lautet: „ Die Landeshauptstadt Potsdam übernimmt die Aufgaben beginnend mit dem **01.11.2009.**“

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam schließt mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übertragung von Vollstreckungsaufgaben von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg auf die Landeshauptstadt Potsdam ab.

einschließlich der Änderung im § 2 der Vereinbarung:

Die Landeshauptstadt Potsdam übernimmt die Aufgaben beginnend mit dem **01.11.2009.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 5

**zu 5 Grundsätze der KMU-Förderung in der Landeshauptstadt Potsdam in Umsetzung der Richtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung vom 13. Juni 2008
Vorlage: 09/SVV/0728
Oberbürgermeister**

Der Oberbürgermeister informiert über die zustimmenden Stellungnahmen der Ausschüsse für KOUL und für Stadtplanung und Bauen. Im Weiteren beantwortet Herr Frerichs die Rückfrage von Frau Engel-Fürstberger zur Geltungsdauer der Förderung (01.01.2008 – 31.12.2009) und einer möglichen Verlängerung. Eine Verlängerung, so Herr Frerichs, sei durch die ILB bereits zugesagt. Die Grundsätze für die Landeshauptstadt lege die Verwaltung erst jetzt vor, weil es einen sehr langen und intensiven Abstimmungsprozess mit den Beteiligten gegeben habe.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

In Umsetzung der Richtlinie zur Nachhaltigen Stadtentwicklung des Landes Brandenburg vom 13. Juni 2008 und des integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK) werden kleine und mittlere Unternehmen in der Landeshauptstadt Potsdam mit folgenden Zielstellungen gefördert:

Ziel 1: Attraktivitätssteigerung der Innenstadt und des Zentrums von Babelsberg als Zentren des Einzelhandels

Ziel 2: Unterstützung des produzierenden Gewerbes in den Sanierungs- und Entwicklungsgebieten der Landeshauptstadt Potsdam (auch Verlagerungen aus den Sanierungs- und Entwicklungsgebieten)

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 6 **Erweiterung Demographie-Check**
Vorlage: 09/SVV/0760
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Naber bringt den Antrag ein und verweist darauf, dass der Demographie-Check jetzt eingeführt worden sei, gewisse Aspekte aber nicht berücksichtigt wurden. Der Oberbürgermeister bestätigt, dass alle Vorlagen ab September 2009 den Demographie-Check ausweisen. Dies sei ein Prozess, der evaluiert werden müsse, wozu seitens der Verwaltung eine Arbeitsgruppe gebildet worden sei. In diese Arbeitsgruppe sollte der vorliegende Antrag gegeben werden, um nicht gleich zu Beginn „die Pferde scheu zu machen“. Frau E. Müller unterstützt diesen Vorschlag, da nach einem Jahr der Pilotphase eine Auswertung erfolge und in dieser der Antrag der Fraktion Grüne/B 90 mit einbezogen werden könne. Ebenso betont Herr Schröder, dass man die Verwaltung erst einmal arbeiten lassen solle und die Arbeitsgruppe den Antrag in ihre Arbeit einbeziehen solle.

Frau Dr. Müller führt aus, dass erste Arbeitsergebnisse für eine Auswertung zu wenig seien und fragt nach, wann die Pilotphase zu Ende sei. Frau E. Müller entgegnet, dass eine Auswertung für die erste Sitzung der StVV nach der Sommerpause 2010 geplant sei, so dass bis dahin auch der Antrag zurückgestellt und mit den Ergebnissen gemeinsam beraten werden könne.

Herr Naber stimmt der Einschätzung zu, dass das Prozedere erst eingeübt und nach einem Jahr gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion Grüne/ B 90 ausgewertet werden solle, allerdings mit der Maßgabe, dass dieser wieder aufgerufen werden könne, wenn die Fraktion den Bedarf zu einem früheren Zeitpunkt sehe.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 7 **Rahmenkonzept zur inhaltlichen Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes "freiLand"**
Vorlage: 09/SVV/0808
Fraktion DIE LINKE

Eingangs nimmt Herr Kärsten vom Archiv e. V. sein Rederecht wahr und erläutert die Entwicklung des Vereins, die derzeitige Problemlage sowie Lösungsansätze aus Sicht des Vereins. Der Redebeitrag und das Konzept des Archiv e. V. wird an alle Mitglieder des Hauptausschusses schriftlich ausgereicht.

Im Weiteren schlägt der Oberbürgermeister vor, die Diskussion mit dem Tagesordnungspunkt 8 und dem Änderungsantrag aus dem Jugendhilfe-ausschuss zu verbinden, der allen Mitgliedern des Hauptausschusses mit folgendem Wortlaut schriftlich vorliegt:

Das Rahmenkonzept Jugendkultur und das Rahmenkonzept zur inhaltlichen Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes „freiLand“ und ihre gesamtstädtischen Folgen im Bereich von Jugendarbeit und Soziokultur sollen vor einer Beschlussfassung im Rahmen einer zeitweiligen Arbeitsgruppe mit verschiedenen Beteiligten und Akteuren diskutiert und inhaltlich abgestimmt werden, als da wären AJKP, Archiv e.V., Stadtjugendring, Lindenpark, Waschhaus gGmbH, Projektgruppe „freiLand“, Spartacus e.V., Vertreter des Jugendhilfeausschusses und des Kulturausschusses u.a., sowie

ressortübergreifend der Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport und der Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz.

Die Arbeitsgruppe wird extern moderiert.

Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind durch die Verwaltung zu schaffen.

Ziel der Arbeitsgruppe soll es sein, bis zu einer gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfeausschuss und Kulturausschuss im Januar 2010 einen konsensfähigen Entwurf zu den Rahmenkonzepten zu entwickeln.

Da dem Archiv e. V. die Schließung zum Jahresende drohe, so der Oberbürgermeister, ergebe sich mit der vorgeschlagenen Gründung der Arbeitsgruppe ein Widerspruch, der in der Diskussion Berücksichtigung finden sollte. Darauf Bezug nehmend empfiehlt Herr Schubert, den o. g. Änderungsantrag zu modifizieren, um diesen Widerspruch zu lösen. Das erzeuge zwar für die Vorbereitung durch die Verwaltung mehr Zeitdruck, schaffe aber Planungssicherheit für den Archiv e. V..

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass der Termin im Jugendhilfeausschuss unter Berücksichtigung von Ausgewogenheit und inhaltlicher Diskussion gewählt wurde und die Entscheidung für den Archiv e. V. vorher fallen müsse. Die Arbeiten in diesem Sinne würden laufen, so dass der Zeitdruck nicht auch auf alle anderen Projekte aufgelegt werden müsse. Sie meine, dass es sich hier um zwei Prozesse handele, die sich nicht ausschließen und nachdem eine Lösung für den Archiv e. V. gefunden wurde, könne die inhaltliche Ausgestaltung in den Gesamtprozess im Sinne des Änderungsantrags wieder aufgenommen werden.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass der Archiv e. V. und das Projekt „freiLAND“ nebeneinander stehen und der jetzt aufgerufene Tagesordnungspunkt sich nur auf Letzteres beziehe. Deshalb sollte das nicht miteinander verbunden, sondern erst weiterverfolgt werden, wenn sich eine Lösung mit einem Erbbaupachtvertrag abzeichne. Gleichzeitig fordere er, den Archiv e. V. dauerhaft in die Planungen zum Brauhausberg zu verankern, um für ihn Bestandssicherheit zu schaffen. Bei dem Vor-Ort-Termin zum Projekt „freiLAND“ mit dem Jugendhilfe- und dem Kulturausschuss seien verbindliche Termine genannt worden, die bei der Arbeit der zu bildenden Arbeitsgruppe beachtet werden sollten, um den Baubeginn im April 2010 zu sichern.

Frau Engel-Fürstberger verweist auf einen für die nächste Sitzung der StVV vorliegenden Antrag der Fraktion FDP/Familienpartei, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt werde, für die dringend notwendigen betriebssichernden Baumaßnahmen für das durch den Archiv e.V. genutzte Areal am Standort Leipziger Str. 60 einen Finanzierungsplan vorzulegen. Schon wegen der finanziellen Auswirkungen halte sie eine Trennung nicht für sinnvoll und empfiehlt, die Anträge zusammen in der Arbeitsgruppe zu besprechen, um Ende November zu einer Entscheidung kommen zu können.

Herr Schubert fragt die Vertreter der Verwaltung, ob die zeitlichen Vorstellungen realistisch seien, wenn die Termine modifiziert würden. Frau E. Müller entgegnet, dass mit den entsprechenden Vorläufen eine Vorlage in der Dezember-Stadtverordnetenversammlung nicht möglich sei. Frau Dr. Müller ergänzt, dass die vorgeschlagene Zusammensetzung der Arbeitsgruppe ein großes Forum ergeben werde. Wolle man sich nicht wieder dem Vorwurf aussetzen, junge Leute nicht mit einbezogen zu haben, sollte die benötigte Zeit auch eingeräumt werden.

Daraufhin schlägt der Oberbürgermeister vor, in einem Termin mit dem Archiv e. V., der Bauaufsicht und dem KIS die Anforderungen für den Weiterbetrieb auf

längere Zeit klarzustellen. Der Termin werde morgen mitgeteilt und werde in der nächsten Woche stattfinden. In 4 Wochen solle dann im Jugendhilfe- und im Hauptausschuss darüber berichtet werden, um die Arbeitsgruppe nicht zu überfrachten.

Herr Dr. Scharfenberg merkt nochmals an, dass entsprechende Beschlüsse dazu bereits gefasst wurden und die jetzt getroffenen Aussagen der Umsetzung entsprechen.

Anschließend wird der im Jugendhilfeausschuss empfohlene Änderungsantrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Das Rahmenkonzept Jugendkultur und das Rahmenkonzept zur inhaltlichen Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes „freiLand“ und ihre gesamtstädtischen Folgen im Bereich von Jugendarbeit und Soziokultur sollen vor einer Beschlussfassung im Rahmen einer zeitweiligen Arbeitsgruppe mit verschiedenen Beteiligten und Akteuren diskutiert und inhaltlich abgestimmt werden, als da wären AJKP, Archiv e.V., Stadtjugendring, Lindenpark, Waschhaus gGmbH, Projektgruppe „freiLand“, Spartacus e.V., Vertreter des Jugendhilfeausschusses und des Kulturausschusses u.a., sowie ressortübergreifend der Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport und der Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz.

Die Arbeitsgruppe wird extern moderiert.

Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind durch die Verwaltung zu schaffen.

Ziel der Arbeitsgruppe soll es sein, bis zu einer gemeinsamen Sitzung von Jugendhilfeausschuss und Kulturausschuss im Januar 2010 einen konsensfähigen Entwurf zu den Rahmenkonzepten zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 8 Umsetzung des Projektes freiLAND

Vorlage: 09/SVV/0804

Oberbürgermeister, FB Jugendamt

siehe Tagesordnungspunkt 7

zu 9 Stiftung "Freies Ufer am Griebnitzsee"

Vorlage: 09/SVV/0596

Fraktion DIE LINKE

Nachdem Herr Dr. Scharfenberg den Antrag eingebracht hat, betont der Oberbürgermeister, dass sich die Verwaltung mit dem Gedanken der Stiftungsgründung schon längere Zeit trage und bereits mit Anrainern, die dazu bereit seien, Kontakt aufgenommen habe. Die Bereitschaft zur Mitwirkung werde aber davon abhängig gemacht, was aus dem B-Plan werde, so dass zunächst erst einmal vereinbart worden sei, die Ziele des B-Planes zu formulieren. Die Stadt könne sich eine privatrechtliche Stiftung vorstellen; der Antrag gehe eher von einer öffentlich-rechtlichen Stiftung aus. Einerseits begrüße er den vorliegenden Antrag,

andererseits hänge die Erfüllung der geforderten Zielstellung bis Dezember von der Erarbeitung des B-Planes ab. Er schlage vor, den Antrag bis zur Einbringung des B-Planes zurückzustellen und die potenziellen Interessenten bei der Erarbeitung des B-Planes mit einzubeziehen. Eine Formulierung des Beschlusstextes in diesem Sinne sollte bis zur nächsten Hauptausschusssitzung abgestimmt werden.

Frau Engel-Fürstberger spricht sich für eine längere Zurückstellung aus, um die Stiftungsziele genau formulieren zu können. Herr Schröder hält den Antrag für verfrüht, weil es noch einige Zeit dauern werde, bis die Stiftung wirksam werden könne - insofern sehe er keine Eilbedürftigkeit. Ebenso verweist Herr Exner darauf, dass das nicht einseitig bestimmt werden könne und spricht sich dafür aus, Vorschläge zu unterbreiten, wie Bürger zu einem finanziellen Engagement gebracht werden können. Sowohl die Definition der Stiftungsziele als auch die des Stiftungsvermögens seien schwierig und könnten im Nachhinein nicht einfach geändert werden. Das sollte eher als Angebot genutzt, sollten Ideen für die anderen Beteiligten formuliert werden – deshalb unterstütze der den Vorschlag des Oberbürgermeisters. Hier gehe Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Herr Dr. Scharfenberg stimmt dem zu und betont, dass es auf 14 Tage nicht ankomme – verweist aber auch darauf, dass ein derartiger Beschluss auch Bereitschaft erzeugen könne.

Gegen die vorgeschlagene Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 10 **kommunales Wohnungsbauprogramm**

Vorlage: 09/SVV/0668

Fraktion CDU/ANW, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die zustimmende Stellungnahme des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen sowie die darin enthaltenen Änderungen im ersten Absatz, wo die Worte „eines kommunalen Wohnungsprogramms,“ durch „einer kommunalen Gesellschaft“ ersetzt werden sollen, in der letzten Zeile die Ergänzung „bis 2012“ und die Aufnahme der Absätze 2,3 und 4 in die Begründung.

Herr Schröder spricht sich anschließend gegen diese Änderung aus und plädiert für eine Beschlussfassung in der ursprünglichen Fassung. Die Begründung sei nicht Beschlussbestandteil, was dazu führen könne, dass die gewollte Zielstellung nicht erreicht werde.

Gegen das von Herrn Kirsch beantragte Rederecht erhebt sich kein Widerspruch. Auch er spricht sich gegen den Antrag aus, da dieser zu „schwammig“ formuliert sei und die Stadt keine kommunale Gesellschaft für den Wohnungsbau benötige.

Daraufhin stellt Herr Wartenberg den Änderungsantrag aus dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauen richtig, denn die Worte „einer kommunalen Gesellschaft“ sollen im 2. Absatz eingefügt und dafür die Worte „ein kommunales Bauunternehmen“ gestrichen werden.

Die allen Hauptausschussmitgliedern vorliegende und nunmehr korrigierte Änderungsempfehlung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen wird zur Abstimmung gestellt und mit 5 Ja-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen angenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Auflage eines kommunalen Wohnungsbauprogramms für den Neubau von mindestens 1000 Mietwohnungen **bis 2012** zu prüfen.

Über das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im März 2010 zu berichten.

Folgende Sätze aus dem Beschlusstext werden in die Begründung übernommen.:

Die Bereitstellung der erforderlichen Mittel soll durch einen Kommunalkredit der Landeshauptstadt Potsdam bzw. durch eine Kreditermächtigung für **eine kommunale Gesellschaft** erfolgen. Gegebenenfalls zur Verfügung stehende Förderprogramme des Landes und des Bundes sind auszuschöpfen. Eine Bereitstellung von Bauland aus dem Treuhandvermögen Bornstedter Feld ist in die Prüfung einzubeziehen.

Mit der Umsetzung des Bauvorhabens wird eine kommunale Gesellschaft als Generalübernehmer beauftragt. Die Leistungsvergabe soll nach Möglichkeit überwiegend an regional ansässige Firmen erfolgen.

Die Refinanzierung des Kredites erfolgt über die laufenden Mieteinnahmen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

zu 11

Wohnungsbauförderung
Vorlage: 09/SVV/0771
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister informiert über die zustimmende Stellungnahme des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen sowie die empfohlene Änderung im 2. Absatz des Beschlusstextes (fett markiert) mit folgendem Wortlaut:

.....

*Die Landeshauptstadt bemüht sich ihrerseits, durch verschiedene Maßnahmen den Bau neuer Wohnungen zu unterstützen. Dazu gehört auch, dass **künftig für den Zeitraum prioritärer Wohnungsbauförderung keine Mittel mehr aus den städtischen Wohnungsunternehmen an den Stadthaushalt abgeführt werden.***

Anschließend bittet Herr Dr. Scharfenberg um eine Klarstellung, ob das bedeute, dass es ab sofort keine Abführung an den städtischen Haushalt mehr gebe. Der Oberbürgermeister betont, dass er das für sehr problematisch halte und Herr Exner spricht sich für die Streichung des letzten Satzes aus. Man solle sich hier an die haushaltsbegleitenden Beschlüsse halten und die seien mit einem Prüfauftrag verbunden. Die Pro Potsdam sei eine unheimlich leistungsfähige Gesellschaft, was auch zielgerichtet so ausgestaltet worden sei. Der Weg der Stadt Potsdam sei es gewesen, das Unternehmen zur Konsolidierung „flott zu machen“ und nicht wie in anderen Städten das Tafelsilber zu „verscherbeln“. Mit dem vorliegenden Antrag tue man sich keinen Gefallen und widerspreche einer strukturierten Unternehmensführung.

Herr Schubert widerspricht dem Hinweis von Herrn Exner auf den haushaltsbegleitenden Beschluss, der in den beiden ersten Teilen zwar eine Prüfung, in seinem dritten Teil aber sehr wohl den Auftrag enthalte, für das Jahr 2010 Zuführungen der Pro Potsdam an den städtischen Haushalt auszuschließen. Deshalb

spreche auch nichts gegen eine heutige Beschlussfassung im Sinne des vorliegenden Antrags.

Herr Klipp führt dazu aus, dass der erste Teil des vorliegenden Antrags einen Appell an das Land Brandenburg richte. Die im zweiten Teil genannten Abführungen der Pro Potsdam an die Stadt, seien eine städtische Angelegenheit und entkräften seiner Meinung nach den Appell. Er spreche sich für eine eigentümergebundene Förderung aus und eine Verteilung der Angelegenheit auf mehrere Schultern – also Pro Potsdam, Genossenschaften und auch Private. Und wenn das schon einmal Beschlusslage sei, müsse es mit diesem Antrag nicht noch einmal beschlossen werden.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die Pro Potsdam preisgünstige Wohnungen verkauft habe und darüber hinaus als städtische Gesellschaft mit vielen anderen Aufgaben betraut werde, was nicht zu ihren Aufgaben gehöre. Die 2 Mio Euro im Unternehmen zu belassen und damit preiswerte Wohnungen zu bauen, löse das Problem zwar nicht annähernd, bedeute aber wenigstens keinen Stillstand.

Herr Schröder führt aus, dass die Fraktion CDU/ANW den ersten Teil mittragen könne; der 2. Teil sei allerdings problematisch, da es einen klaren haushaltsbegleitenden Beschluss gebe und er das abgekoppelt von einer Investitionsverpflichtung so nicht mittragen könne.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt der Oberbürgermeister vor, diesen Antrag **zurückzustellen und eine Stellungnahme des Ausschusses für Finanzen einzuholen**, da der Inhalt haushaltsrelevant sei.

Dieser Vorschlag wird zur Abstimmung gestellt und mit 8 Ja-Stimmen, bei 4 Nein-Stimmen **angenommen**.

Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass ein entsprechender Appell bereits im September an das Land hätte gerichtet werden müssen. Er empfiehlt dem Oberbürgermeister, die neuen Abgeordneten des Landtages, die in Potsdam wohnen, sowie den Ministerpräsidenten und Herrn Speer einzuladen und für eine Wohnungsbauförderung zu werben.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass das die Landtagsfraktionen zum Gegenstand der Sondierungsgespräche machen sollten.

zu 12 Stadtentwicklungskonzept Wohnen für die Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 09/SVV/0778

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keinen Redebedarf.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Das „Stadtentwicklungskonzept Wohnen für die Landeshauptstadt Potsdam“ (s. Anlage 1) ist als Handlungsrahmen für die städtische Wohnungspolitik anzuwenden.
2. Bei der Umsetzung sind insbesondere die Handlungsansätze
 - Sicherung der Verfügbarkeit ausreichenden Baulands
 - Städtische Bodenpolitik

- Erhalt nötiger Belegungsbindungen
- Abgewogene Zielsetzungen für PRO POTSDAM
- Initiative gegenüber dem Land zur Verbesserung der Förderbedingungen
- Verbesserung von Koordination, Beratung, Werbung

prioritär zu verfolgen.

3. Konkrete Entscheidungen mit Auswirkungen auf den Haushalt sind mit gesonderten Beschlussvorlagen vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 13 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH für das Jahr 2009

Vorlage: 09/SVV/0817

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Klipp bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Der Kreditrahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH zur bedarfsbezogenen Kommunalkreditaufnahme mit einer Laufzeit längstens bis zum Abschluss der Entwicklungsmaßnahme beträgt für das Jahr 2009 höchstens 9.341.200.00,00 €.
2. Der Oberbürgermeister und einer seiner Stellvertreter werden gem. § 57 (2) BbgKVerf ermächtigt, den Kreditaufnahmen der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH innerhalb des beschlossenen Kreditrahmens für das Jahr 2009 schriftlich zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 14 Neubauvorhaben der Pro Potsdam

Vorlage: 09/SVV/0766

BürgerBündnis

Herr Schröder erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen.

Der Oberbürgermeister bittet, das Anliegen des Antrags im Hauptausschuss zu beantworten. Daraufhin erläutert Herr Westphal die prozentuale Aufteilung des Wohnungsbestandes der Pro Potsdam, die Kostenmiete für Neubau und die Kostendarstellung des Wohnungsneubaus im Bornstedter Feld.

Herr Kirsch erklärt den Antrag damit als durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 15 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 15.1 Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg
hier: Bericht über die Entwicklung der Potenziale**

gemäß Beschluss: 09/SVV/0992

Der Sachstandsbericht wurde an alle Mitglieder des Hauptausschusses schriftlich ausgereicht und wird der Niederschrift im Original sowie dem RIS als Anlage beigefügt.

Im Weiteren beantwortet Herr Goetzmann die Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg zum o. g. Sachstandsbericht und erläutert den Standpunkt der Verwaltung.

In der sich daraus ergebenden Diskussion geht es u. a. um die Frage des Zeitrahmens, in dem Entscheidungen zur Veränderung getroffen werden und um die Bedingungen einzelner Standorte.

Abschließend wirbt Herr Klipp dafür, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise veränderten Bedingungen und die damit verbundene Finanzierungslage bei der Betrachtung zu berücksichtigen. Unter diesem Aspekt sehe er die Potenziale und die Kaufkraft in den einzelnen Gebieten abgeschöpft. Dies werde in die nächste Betrachtung und nächste Berichterstattung mit einbezogen, die im Dezember 2009 erfolge.

zu 15.2 Themenjahr 2010

Vorlage: 09/SVV/0833

Oberbürgermeister, Bereich Marketing/Kommunikation

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. Frau Dr. Sommer beantwortet anschließend die Rückfrage von Frau Dr. Schröter zu den für die Themenjahre zur Verfügung stehenden Mitteln und deren unterschiedliche Höhe.

zu 15.3 Rahmenkonzept zum Themenjahr Potsdam 2011 - Stadt des Films

Vorlage: 09/SVV/0834

Oberbürgermeister, Bereich Marketing/Kommunikation

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 15.4 Kostenloses Essen für Kita-Kinder gemäß DS 08/SVV/0647

Vorlage: 09/SVV/0857

Oberbürgermeister, FB Jugendamt

Seitens des Hauptausschusses wird eine Behandlung der Mitteilungsvorlage im Jugendhilfeausschuss empfohlen; erst danach wird diese im Hauptausschuss erneut aufgerufen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 16 Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf ein Schreiben von Herrn Kutzmutz und von ihm selbst vom 21.08.09 zu den Energiepreisen, welches die Zielstellung verfolgt habe, eine Prüfung derselben zu veranlassen. Da bisher keine Reaktion seitens des Oberbürgermeisters darauf erfolgt sei, bitte er, dies umgehend nachzuholen. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass dieses Anliegen zum Gegenstand der nächsten Aufsichtsratssitzung gemacht werde.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg darum, zur Problematik der Kaufhallen Zentrum Ost und Am Schlaatz monatlich einen Informationsstand zur Kenntnis zu geben.

Frau Engel-Fürstberger bittet um einen Sachstand zum Bornstedter Friedhof unter dem Aspekt des Konjunkturpakets I - Förderprogramm für Investitionen in nationale UNESCO-Weltkulturerbestätten.

Herr Klipp führt dazu aus, dass der Bund im Juni 2009 eine Förderung für fünf Potsdamer Projekte in Aussicht gestellt habe. Dem folgend, hat eine Antragstellung mit den aktuellen Projektunterlagen inklusive Finanzierung zu erfolgen, was auch für das Projekt Bornstedter Friedhof gelte.

In Vorbereitung der Antragstellung haben sich am 22.09.2009 Vertreter der Evangelische Kirchengemeinde Bornstedt und die anderen Projektträger abgestimmt, um die weitere Vorgehensweise zur Realisierung der Projekte festzulegen.

Grundsätzlich werde von einer 90 %igen Förderung und einem städtischem Komplementäranteil von 10 % ausgegangen. Die Finanzierungslücke zur vollständigen Realisierung der Vorhaben wird durch präziserte Projektabschnitte und Projektabläufe kompensiert. Weitere Bauabschnitte sollen dadurch zu einem späteren Zeitpunkt möglich werden.

In diesem Zusammenhang wurden die Finanzierungspläne aktualisiert.

Die Projektträger haben von der Stadt Förderverträge (Entwürfe) zur Prüfung erhalten (Inzwischen liegt das Einverständnis und die Unterschrift der Projektträger dazu vor).

Die Anträge der Landeshauptstadt Potsdam für die Vorhaben Bornstedter Friedhof, Friedenssaal/Kindergarten, Jüdischer Friedhof und das Wegeleitsystem werden bis zum 05.10.2009 an den Bund gestellt.

Eine Aussage aus dem Innenministerium zur Haushaltsnotlage der Landeshauptstadt Potsdam liege noch nicht vor.